

DIE LINKE
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Telefon 0351 – 488 2822

Telefax 0351 – 488 2823

E-Mail fraktion@dielinke-dresden.de

Web www.linke-fraktion-dresden.de

Antrag Nr.: A0530/19

Datum: 04.01.2019

A N T R A G

Fraktion DIE LINKE.

Gegenstand:

Vonovia kontrollieren - Verstöße ahnden - Mieterinnen und Mieter schützen

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich eine vertiefte Überprüfung der Einhaltung des WOBA-Privatisierungsvertrags (UR-Nr. 111 C 2006) in Verbindung mit dem außergerichtlichen Vergleich vom 02. März 2012 zu veranlassen. Hierbei ist insbesondere auch zu prüfen, ob und inwieweit systematisch Betriebskosten überhöht abgerechnet sowie Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung, die falsche Ausstattungsklasseneinordnung oder die Überschreitung rechtlich zulässiger Mieterhöhungen.
2. Sofern Verletzungen des WOBA-Privatisierungsvertrags (UR-Nr. 111 C 2006) in Verbindung mit dem außergerichtlichen Vergleich vom 02. März 2012 festgestellt werden, ist unverzüglich auf deren Unterlassung hinzuwirken und zu prüfen, ob und in welchem Umfang Vertragsstrafen geltend gemacht und darüber hinaus weitere rechtliche Schritte zur Durchsetzung der Rechte der Landeshauptstadt Dresden eingeleitet werden können.
3. Im Rahmen der unter Ziffer 1 genannten vertieften Überprüfung ist allen durch die Sozialcharta geschützten Mieterinnen und Mietern Gelegenheit zur Äußerung zu geben und deren Vortrag in die Prüfung einzubeziehen.
4. Im Rahmen der unter Ziffer 1 genannten vertieften Überprüfung ist dem Mieterverein Dresden und Umgebung e. V. Gelegenheit zur Äußerung zu geben und dessen Vortrag in die Prüfung einzubeziehen.

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum 30. Juni 2019 einen Bericht über die Ergebnisse der Umsetzung der o. g. Beschlusspunkte vorzulegen.

Beratungsfolge	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	beratend
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Das Geschäftsgebaren der Vonovia als Eigentümerin der in Dresden ansässigen und ehemals kommunalen WOBA-Gesellschaften stößt bei den betroffenen Mieterinnen und Mietern auf immer deutlichere Kritik. So werden vielfach umstrittene Mieterhöhungen sowie drastische Erhöhungen von Betriebskosten beklagt.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, unverzüglich eine vertiefte Überprüfung der Einhaltung des WOBA-Privatisierungsvertrags (UR-Nr. 111 C 2006) in Verbindung mit dem außergerichtlichen Vergleich vom 02. März 2012 zu veranlassen. Dabei sind insbesondere die von den betroffenen Mieterinnen und Mietern wiederholt vorgetragene Kritikpunkte zu untersuchen. Deshalb wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob und inwieweit systematisch Betriebskosten überhöht abgerechnet sowie Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung, die falsche Ausstattungsklasseneinordnung oder die Überschreitung rechtlich zulässiger Mieterhöhungen.

Im Falle von ungerechtfertigten Mieterhöhungen und systematisch überhöhten Betriebskostenabrechnungen beschreitet erfahrungsgemäß nur eine Minderheit der betroffenen Mieterinnen und Mieter den Rechtsweg. Die damit verbundenen Belastungen, vorhandene Kostenrisiken, das Gefühl der Machtlosigkeit und des Ausgeliefertseins gegenüber einem großen Konzern sowie die mangelnde Klarheit über eigene Rechte führen dazu, dass viele Mieterinnen und Mieter letztlich den Rechtsweg scheuen.

Die Landeshauptstadt Dresden privatisierte im Jahr 2006 ihren kommunalen Wohnungsbestand vollständig. Sie trägt die Verantwortung dafür, dass zumindest die Einhaltung der Sozialcharta gründlich kontrolliert und etwaige Vertragsverletzungen konsequent verfolgt werden.

André Schollbach
Fraktion DIE LINKE.